

„Bildung mit Anspruch – statt ideologischer Experimente.“

Positionspapier – einstimmig beschlossen am Landesausschuss der CDU Saar am 11. Juni 2025

Präambel: Bildung mit Anspruch, Verantwortung und Richtung

Bildung ist die strategische Schlüsselressource unseres Landes. Sie entscheidet über die Zukunft unserer Kinder, über gesellschaftlichen Zusammenhalt, wirtschaftliche Innovationskraft und individuelle Lebenschancen. Für die CDU Saar ist Bildung ein Bereich besonderer Verantwortung – getragen von Verlässlichkeit, Werteorientierung und Anspruch.

Wir stehen für eine Bildungspolitik, die auf Leistung, Klarheit und Durchlässigkeit setzt – nicht auf Ideologie, Gleichmacherei oder kurzfristige Aktionismen. Ein starkes Bildungssystem muss Talente erkennen, Potenziale entfalten, Orientierung geben, Qualität von Abschlüssen sicherstellen und Anschlüsse ermöglichen. Dafür braucht es klare Strukturen, verbindliche Standards und eine Kultur des Förderns und Forderns. Erfolg ohne Anstrengung ist eine Illusion.

Frühkindliche Bildung muss den Grundstein legen – mit qualifiziertem Personal, stabiler Finanzierung und einem Betreuungssystem, das echte Bildungsarbeit leistet. In der Schule brauchen wir differenzierte Bildungswege, die den individuellen Begabungen gerecht werden – nicht das eine Modell für alle, sondern echte Vielfalt mit klaren Anforderungen und aussagekräftigen Abschlüssen.

Unser Bildungssystem darf nicht zum sozialen Reparaturbetrieb verkommen, sondern muss gezielt befähigen – zum Denken, zum Handeln, zum Gestalten. Sprache, Grundbildung, Disziplin und Verantwortungsbewusstsein sind keine nostalgischen Werte, sondern zeitlose Voraussetzungen für erfolgreiche Bildungsbiografien.

Digitalisierung, Ganzttag, Integration und Prävention müssen klug eingebettet werden – mit Konzept, nicht mit Symbolpolitik. Lehrerinnen und Lehrer verdienen ein starkes System, das ihnen Rückhalt gibt, statt sie mit permanentem Wandel und widersprüchlichen Erwartungen zu überlasten.

Die CDU Saar bekennt sich zur Verlässlichkeit des gegliederten Schulwesens, zur Freiheit der Bildungswege, zur Eigenverantwortung der Familien und zur Leistungsfähigkeit unserer Abschlüsse. Wir gestalten Bildung nicht beliebig – sondern als langfristiges Versprechen an die nächste Generation.

Denn Bildungspolitik ist Zukunftspolitik – für unser Land, unsere Gesellschaft und jeden einzelnen jungen Menschen im Saarland.

Frühkindliche Bildung und Kita-Qualität verbessern

Die CDU Saar setzt sich für eine hochwertige, gerechte und zukunftsfeste frühkindliche Bildung ein. Sie ist die Grundlage für individuelle Bildungsbiografien, gesellschaftliche Teilhabe und langfristige Chancengerechtigkeit. Dabei gilt: Nicht allein die Beitragskosten dürfen im Fokus stehen – entscheidend sind vor allem auch die Verlässlichkeit und Qualität der Betreuung sowie die Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte.

Eine komplette Beitragsfreiheit ohne zugehöriges Konzept führt – angesichts angespannter Personalsituation und teils sehr knappem Platzangebot – zu steigenden Bedarfen. Viele Familien, die keinen Platz bis 17 Uhr benötigen, werden ihn aufgrund der Kostenfreiheit in Anspruch nehmen. Andere

Familien, die dringenden Bedarf haben, gehen dadurch – vermeidbar – leer aus. Schon jetzt gibt es in einigen Landkreisen eine Besuchsquote in Kindergärten von nur 75 Prozent. Das heißt, jedes vierte Kind bekommt keinen Platz in einem Kindergarten. Dort, wo die CDU die Landrätin stellt (MZG: 95 Prozent) oder den Landrat (WND: 93 Prozent) stellt, haben deutlich mehr als neun von zehn Kinder einen Kindergartenplatz. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass diese Kinder ohne vorherigen Kita-Besuch eingeschult werden.

Angesichts des steigenden Bedarfs und wachsender Anforderungen muss die Beitragsfreiheit mit einem klaren Konzept unterlegt werden. Konkret: Wir streben ein Modell an, bei dem jedes Kind Anspruch auf einen kostenfreien Kita- oder Krippenplatz für bis zu 30 Stunden pro Woche erhalten soll. Dieses Zeitkontingent orientiert sich am tatsächlichen Bedarf vieler Familien und stellt sicher, dass frühe Bildung unabhängig vom Einkommen ermöglicht wird – ohne dabei durch konzeptlose Beitragsfreiheit künstlich zusätzliche Betreuungsbedarfe zu schaffen, die das System überlasten. Für darüberhinausgehende Betreuungszeiten können Elternbeiträge ein geeigneter Weg sein, um zusätzliche Wünsche fair und tragfähig zu berücksichtigen.

Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Ausgestaltung des Modells soziale Aspekte wie die besonderen Situationen von Alleinerziehenden, Mehrkindfamilien oder einkommensschwachen Haushalten berücksichtigt werden. Für Familien, die existenzsichernde Leistungen, zum Beispiel nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, oder Wohngeld beziehen, ist der Kita-Beitrag ohnehin auf Antrag zu erlassen. Der Kreis derjenigen, die Wohngeld beziehen, wurde zum 1. Januar 2023 erheblich ausgeweitet, im Saarland um 82 Prozent gegenüber dem Jahr 2022. Damit einhergehen muss ein landesweites Rahmenkonzept zum gezielten Fachkräfteeinsatz in Zusammenarbeit mit den Fachkräften aufgestellt werden.

Unser Ziel ist es, die frühkindliche Bildung im Saarland zukunftsfest, familiengerecht und tragfähig zu gestalten – mit einem ausgewogenen Verhältnis von Zugänglichkeit, Qualität und finanzieller Verantwortung.

Qualität und Fachkräfte stärken

Qualität entsteht durch gute Rahmenbedingungen. Deshalb fordern wir gezielte Investitionen in Personal, Räumlichkeiten und Ausstattung. Die Ausbildungskapazitäten im Bereich der frühkindlichen Bildung müssen ausgebaut, die Ausbildungsinhalte an aktuelle Anforderungen angepasst und die Praxisnähe systematisch gestärkt werden. Bei den Gebäuden, die die Kindertageseinrichtungen beherbergen, besteht teilweise ein erheblicher altersbedingter sowie energetischer Sanierungsbedarf. Auch steigen die Sachkosten wegen zahlreicher Überprüfungen, vor allem mit Blick auf Elektrotechnik und Brandschutz.

Attraktive und verlässliche Arbeitsbedingungen – etwa durch bessere Betreuungsschlüssel, verlässliche Dienstpläne, flexible Arbeitszeitmodelle und klare Entwicklungsperspektiven – sind entscheidend, um dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen. Nur so können wir dauerhaft die Qualität sichern, die Kinder, Familien und Beschäftigte verdienen.

Gezielte Vorschulförderung – den Übergang in die Schule stärken

Der Übergang von der Kita in die Grundschule ist ein Schlüsselmoment in der Bildungsbiografie eines Kindes. Das Kooperationsjahr zwischen Kita und Grundschule muss verbindlich gestaltet und personell wie strukturell aufgewertet werden. Die unterpersonalisierte Lehrerreserve an den Grundschulen führt

regelmäßig dazu, dass die Kooperationszeiten entfallen, weil die entsprechende Lehrkraft in der Schule eine Vertretung übernehmen muss. Das ist nicht länger hinnehmbar. Wir fordern feste Kooperationszeiten, klarer definierte, gemeinsame Verantwortung von Erzieherinnen und Erziehern und Lehrkräften sowie ausreichende Ressourcen.

Darüber hinaus setzen wir uns für die (Wieder-) Einführung von Schulkindergärten ein. Diese Einrichtungen haben sich als wirksames Instrument bewährt, um Kinder mit erhöhtem Vorbereitungsbedarf auf die Schulzeit gezielt fit zu machen und Entwicklungsverzögerungen frühzeitig aufzufangen. Alle Kinder sollen im Vorschuljahr bestmöglich gefördert werden.

Lesen, Schreiben, Rechnen sichern – Bildung, die trägt

Die CDU Saar steht für eine Bildungspolitik mit Anspruch und Klarheit. Lesen, Schreiben und Rechnen sind die Grundlage aller weiteren Bildungswege – deshalb gehören diese Basiskompetenzen wieder konsequent in den Mittelpunkt des schulischen Alltags. Unsere Maxime: Wer eingeschult wird, muss Deutsch können, und wer die Grundschule verlässt, muss lesen, schreiben und rechnen können.

Statt isolierter Förderprogramme setzen wir dabei auf eine Unterrichtsgestaltung, in der Grundbildung systematisch, durchgängig prioritär in der Stundentafel aber auch fächerübergreifend verankert ist. Besonders Kinder aus benachteiligten Familien oder mit Migrationshintergrund profitieren von klar strukturiertem, sprachsensiblen Unterricht – für gerechte Startbedingungen und langfristigen Bildungserfolg. Auch im Bereich der Lehrkräftefortbildung – etwa über den Bildungscampus – muss der Fokus wieder stärker auf die zentralen Bildungsaufgaben gelegt werden. Weniger „Orchideen-Veranstaltungen“, mehr Fortbildungen zu Sprachförderung, Unterrichtsqualität und Basiskompetenzen: Das ist der Weg zu einer starken, verlässlichen Schule.

Sprache fördern – Bildung ermöglichen

Sprachkompetenz ist die Grundlage für Bildungserfolg, Integration und Teilhabe. Immer weniger Kinder beherrschen die deutsche Sprache – doch statt das Sprachförderprogramm „Früh Deutsch lernen“ auszubauen, hat die SPD es ersatzlos eingestellt. Wir fordern mit Nachdruck eine Wiedereinsetzung des Programms „Früh Deutsch lernen“ sowie eine frühzeitige, flächendeckende und verpflichtende Sprachstandsfeststellung im vierten Lebensjahr – auch für Kinder, die keine Kita besuchen. Notwendige Sprachfördermaßnahmen müssen verbindlich sein und bereits vor der Einschulung ansetzen. Bewährte Konzepte aus anderen Bundesländern sollen geprüft und auf das Saarland angepasst übernommen werden.

Auch im Schulalltag muss Sprachförderung systematisch verankert sein. Für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler fordern wir altersunabhängig verpflichtende Sprachstandserhebungen sowie verbindliche Deutschkurse bei unzureichenden Sprachkenntnissen. An Berufsbildungszentren und größeren Schulen sollen Sprachzentren eingerichtet werden, um insbesondere Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger effektiv zu unterstützen. Ein personell und finanziell verlässlich ausgestattetes landesweites Sprachförderkonzept, das wissenschaftlich fundiert und regelmäßig evaluiert wird, soll die Grundlage bilden.

Differenzierte Bildungswege statt Einheitslösungen

Wir bekennen uns zum gegliederten Schulsystem mit klaren Abschlüssen – vom Basisabschluss über den Mittleren Bildungsabschluss bis hin zum Abitur. Dieses System ermöglicht individuelle

Bildungswege und berücksichtigt die unterschiedlichen Begabungen und Stärken unserer Schülerinnen und Schüler. Bestrebungen hin zur Einheitsschule lehnen wir ab – sie werden dem Anspruch an Vielfalt und Begabtenförderung nicht gerecht. Statt Strukturdebatten stehen wir für Verlässlichkeit und Qualitätsverbesserungen des gegliederten Schulsystems.

Zur Sicherung der Qualität und Durchlässigkeit fordern wir verbindliche Zugangsregelungen für das Gymnasium sowie Programme, die Schülerinnen und Schüler bei der Wahl des für sie passenden Bildungsweges unterstützen. Wir setzen auf den Erhalt etablierter Schulstrukturen, aber mit klareren Leistungsprofilen. Dabei stehen wir auch für eine klarere Differenzierung insbesondere innerhalb der Gemeinschaftsschulen und für eindeutige Bildungsziele, die sich stärker am jeweiligen Abschluss (Hauptschulabschluss, Mittlerer Bildungsabschluss oder Abitur) orientieren. Erworbene Abschlüsse müssen wieder aussagekräftigere und verlässlichere Gütesiegel sein. Gleichzeitig stehen wir für einen verlässlichen und qualitätssichernden Schulfrieden. Die Schulgemeinschaften können keine weiteren Großbaustellen stemmen, sie brauchen aber klare konzeptionelle Strukturen der Bildungswege und klare Leistungsanforderungen in der Unterrichtsgestaltung und der Abschlussvorbereitung.

Leistung und Chancengerechtigkeit – Fördern und Fordern

Ein gegliedertes Schulsystem braucht klare Leistungskriterien, die Orientierung geben – ohne Überforderung, aber auch ohne falsche Rücksichtnahme. Bildung muss fordern, um fördern zu können. Wir sprechen uns klar gegen eine weitere Absenkung von Leistungsanforderungen aus. Qualität und Wettbewerbsfähigkeit unserer Schulabschlüsse dürfen nicht einem falschem Gleichheitsverständnis geopfert werden. Deshalb fordern wir die Rückkehr zu verbindlichen Versetzungsregelungen – für mehr Leistungsorientierung und Aussagekraft im Bildungssystem.

Auf dieser Grundlage wollen wir im engen Austausch mit Schulgemeinschaften und Verbänden konkrete Maßnahmen zur Stärkung der weiterführenden Schulen in ein Konzept gießen – immer orientiert an klaren pädagogischen und leistungsbezogenen Parametern, an den tatsächlichen Bedarfen von Kindern, Jugendlichen und Eltern sowie an den Anforderungen unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Unser Maßstab bleibt dabei: Vielfalt ermöglichen, Qualität sichern, Chancen gerecht gestalten.

Schule als sicherer Ort – Lernen braucht Ordnung

Gewalt, Extremismus und Störungen im Schulalltag müssen konsequent begegnet werden. Wir fordern ein umfassendes Konzept für Sicherheit und Prävention an Schulen – mit klaren Regeln, verlässlicher Erfassung von Vorfällen, konsequenter Ahndung sowie dem gezielten Ausbau von Schulsozialarbeit, psychosozialen Anlaufstellen und Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte. Dazu braucht es auch eine Dunkelfeldanalyse, denn ohne eine bessere Datenlage lassen sich keine bedarfsgerechte Personalausstattung und keine zielgerichteten Präventions- und Interventionsmaßnahmen entwickeln.

Antisemitismusprävention muss in allen Schulformen verbindlich verankert sein - durch Aufklärung, Gedenkstättenpädagogik und die Zusammenarbeit mit externen Partnern.

Für Grundschulen haben wir – gegen Widerstände aus der SPD – ein Verbot von Handys, privaten Endgeräten und Smartwatches durchgesetzt. Für weiterführende Schulen sollen klare Rahmenvorgaben gelten, die ein störungsfreies Lernen garantieren.

Ganztag, der fördert – nicht nur betreut

Ganztagsbetreuung ist bildungspolitisch und gesellschaftspolitisch notwendig – aber Qualität muss auch hier im Vordergrund stehen. Wir setzen uns für eine qualitative Weiterentwicklung der Freiwilligen Ganztagsschulen (FGTS) ein – mit mehr konstantem Fachpersonal, verlässlichen Strukturen und enger pädagogischer Verzahnung mit dem Unterricht am Vormittag.

Europäische Schule – Zukunftschance für den Standort Saarland

Wir unterstützen weiterhin die Europäische Schule Saar als herausragendes Bildungsangebot mit internationaler Ausrichtung und stehen zu Dudweiler als finalem Standort der Schule. Wir fordern die Landesregierung auf, Zusagen, sich mit 50% an den Baukosten zu beteiligen, einzuhalten, damit die ESS ein fester Bestandteil unserer Bildungslandschaft auch in Zukunft bleibt.

Digitale Bildung – Mit Konzept statt Aktionismus

Digitale Bildung darf kein Selbstzweck sein. Wir fordern ein verbindliches pädagogisches Gesamtkonzept für den Einsatz digitaler Medien an Schulen, das Chancen gezielt nutzt und Risiken minimiert. Seit Einführung der Tablets vor über vier Jahren drückt die SPD-Alleinregierung sich vor einem pädagogischen Konzept, das Gütekriterien festsetzt und konkrete Ziele definiert. Dazu gehören neben Bildungszielen und Gesundheitsaspekten auch gezielte medienpädagogische Fortbildungen für Lehrkräfte, nachhaltige technische Betreuung und eine fachdidaktisch fundierte Integration in den Fachunterricht.

Fazit: Bildung mit Verantwortung – für unsere Kinder, unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft

Die CDU Saar steht für eine Bildungspolitik, die klare Anforderungen stellt, individuelle Potenziale fördert und auf Verlässlichkeit und Qualität setzt. Nur so schaffen wir faire Chancen, stärken unsere Wirtschaft und investieren nachhaltig in die Zukunft unseres Landes.

Wir stehen für eine Bildungspolitik mit Konstanz und klarer Prioritätensetzung – die nicht auf kurzfristige Versprechen setzt, sondern langfristige Verantwortung übernimmt.

Unser Ziel ist ein Schul- und Bildungswesen, das Kindern und Jugendlichen verlässliche Rahmenbedingungen bietet, Orientierung schafft, ihre Talente stärkt – unabhängig von Herkunft oder Lebenssituation. Wir setzen uns für eine Bildung ein, die sich an klaren pädagogischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Parametern orientiert – weitsichtig, durchdacht und auf die Bedarfe von morgen ausgerichtet. Bildung ist kein tagespolitisches Experiment, sondern der zentrale Schlüssel für die Zukunft unseres Landes im Herzen Europas.

Deshalb gestalten wir Bildung nicht als Ideologie, sondern als Verantwortung – mit Augenmaß, mit Anspruch und mit einem klaren Ziel: Jeder junge Mensch im Saarland soll die besten Chancen auf einen selbstbestimmten Lebensweg haben.